

Pressemitteilung

## **BNW mit klarer Linie gegenüber Demokratiefeindlichkeit und rechtsextremer Gesinnung**

*Berlin, 26.01.24: Der Bundesverband Nachhaltige Wirtschaft e.V. (BNW) erweitert die Liste seiner Ausschlusskriterien und bekräftigt seine klare Linie, Parteien wie die AfD nicht zu kontaktieren, einzuladen oder Anfragen zu beantworten.*

„Nachhaltigkeit und Demokratie hängen fest zusammen, die Werte eines nachhaltigen Wirtschaftens sind Weltoffenheit, Toleranz und Diversität - wir dürfen hier nicht den Blick auf die ökologische Nachhaltigkeit verengen, sondern müssen gerade jetzt die sozialen Aspekte besonders betonen. Menschenrechte in der Lieferkette gehören genauso dazu wie der Schutz von Minderheiten hier in Deutschland“ macht BNW-Geschäftsführerin Dr. Katharina Reuter klar. „Daher haben wir schon seit dem Einzug der AfD in den Bundestag einen Unvereinbarkeitsbeschluss, der besagt, dass wir keine Anfragen von AfD-Abgeordneten beantworten, keine Termine mit ihnen oder ihren Mitarbeitenden machen, sie nicht zu unseren Veranstaltungen einladen und Einladungen der AfD nicht annehmen“, so Reuter weiter.

Im Rahmen der Vorstandsklausur im baden-württembergischen Tettang aktualisierte der Vorstand diese Beschlusslage und fügte Demokratiefeindlichkeit und rechtsextreme Gesinnung als offizielles Ausschlusskriterium für eine Verbandsmitgliedschaft hinzu.

Die Entscheidung basiert auf den Ergebnissen eines Prüfverfahrens des Verfassungsschutzes. Dieses Verfahren hat einzelne Landesverbände der Partei - Sachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt - als gesichert rechtsextrem eingestuft. Zudem führt der Verfassungsschutz die Bundespartei als einen rechtsextremistischen Verdachtsfall.

„Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte sind Grundlagen für ein respektvolles und friedliches Zusammenleben und eine starke europäische Wirtschaft. Wir sind davon überzeugt, dass das Wahlprogramm der AfD wirtschaftsfeindlich ist und den Wirtschaftsstandort Deutschland gefährdet. Radikale und scheinbar einfache Antworten auf die komplexen Herausforderungen unserer Zeit gibt es nicht – weder in politischer noch in nachhaltiger Hinsicht.“ kommentiert BNW-Vorständin und Geschäftsführerin der VAUDE Sport GmbH & Co. KG Dr. Antje von Dewitz die Erweiterung der BNW-Ausschlusskriterien.

Immer mehr Unternehmen nehmen ihre Verantwortungsrolle auch in Demokratiefragen an und machen klar, dass rechtsextreme Wahl Tendenzen auch unsere Wirtschaft bedrohen.

Geschäftsführerin des BNW-Mitglieds Waschbär GmbH Katharina Hupfer schließt sich an: „Waschbär arbeitet schon lange mit an der notwendigen, nachhaltigen Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft. Daher wissen wir aus Erfahrung, dass es keine einfachen Lösungen für die großen Herausforderungen unserer Zeit gibt. Ganz sicher liegen diese nicht in der Ausgrenzung von Teilen der Bevölkerung. Vielmehr müssen wir uns auf unsere demokratischen Werte besinnen, zusammenhalten und die Teilhabe aller ermöglichen. Daher bekennen wir uns als Unternehmen, in dem Vielfalt gelebt wird, klar zu einer weltoffenen und diversen Gesellschaft und erteilen jeder Form des Rechtsextremismus eine klare Absage.“

Pressekontakt:

**Bundesverband Nachhaltige Wirtschaft e.V.**

Konstantin Litke, Leiter Politik & Kommunikation  
litke@bnw-bundesverband.de

Dr. Katharina Reuter, Geschäftsführerin,  
0178-44881991

**Bundesverband Nachhaltige Wirtschaft e.V.**

Der Bundesverband Nachhaltige Wirtschaft e.V. (BNW) ist die politische Stimme der nachhaltigen Wirtschaft und setzt sich als unabhängiger Unternehmensverband für den Umwelt- und Klimaschutz ein. Mit seinen mehr als 660 Mitgliedsunternehmen steht der BNW inzwischen für mehr als 200.000 Arbeitsplätze.

<https://www.bnw-bundesverband.de/>